



Kassel, 1. Dezember 2023 | Ausgabe Nr. 141

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November hat nicht nur weitreichende Folgen für die Haushaltsführung in Bund und Ländern. Es hatte auch Konsequenzen für den Ablauf dieser Sitzungswoche: Ursprünglich wollten wir in dieser Woche den Bundeshaushalt für 2024 verabschieden. Nach intensiver Prüfung des Urteils und der öffentlichen Anhörung haben wir uns dazu entschieden, die Haushaltswoche zu verschieben.

Nachtragshaushalt 2021 – Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Die Verfassungsrichter*innen haben den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt. Das bedeutet, dass ein Teil des Klima- und Transformationsfonds (KTF) – nämlich 60 Milliarden – nicht mehr gedeckt ist. Zwar wird der Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds, mit dem unter anderem die Energiepreisbremsen finanziert werden, in dem Urteil nicht erwähnt.

Aber auch er ist in logischer und letzter Konsequenz davon betroffen. Das bedeutet, dass wir angesichts des Urteils die Wirtschaftspläne dieser Fonds anpassen müssen. Um dies im Haushalt 2023 abzubilden, wird die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr einbringen. Diesen berieten wir am Freitag in 1. Lesung. Dafür musste auch für das laufende Jahr 2023 die Schuldenbremse ausgesetzt werden, indem der Deutsche Bundestag die außergewöhnliche Notlage feststellte.

Schuldenbremse reformieren

Auch den Haushalt für 2024 wollen wir in diesem Jahr abschließen, denn wir wollen nicht in eine vorläufige Haushaltsführung kommen. Neben

vielen anderen Herausforderungen bewegt uns dabei auch, die Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft gut zu meistern. Wir wollen, dass diese Transformation erfolgreich ist. Damit uns das in der aktuell schwierigen Lage gelingt, muss auch in Zukunft genug Geld dafür da sein. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat allerdings deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form längerfristige Transformationsausgaben nicht erleichtert. Wir als SPD-Fraktion halten es deshalb für notwendig, die Schuldenbremse zu reformieren. Dazu wollen wir gemeinsam mit allen demokratischen Parteien nach einer Lösung suchen.

Im Moment werden viele Vorschläge für die künftige Haushaltspolitik diskutiert. Wir Sozialdemokrat*innen lehnen Sozialkürzungen ab. Der Forderung von CDU und CSU, beim Bürgergeld zu kürzen, stellen wir uns entgegen. Gerade in Zeiten multipler Krisen sind viele Menschen auf Hilfe angewiesen. Ein Teil derjenigen, die Bürgergeld bekommen, sind Beschäftigte, die von ihrem Lohn nicht leben können. Deshalb brauchen wir bessere Löhne, die zum Leben reichen. Und keine Kürzungen zu Lasten derjenigen, die auf einen starken Staat angewiesen sind.

Euer





HAUSHALT

DEN ZUSAMMENHALT BEWAHREN

Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen, dass Kredite, mit denen der Staat in einer Notsituation die Folgen einer Krise abmildert, bei Bedarf jedes Jahr neu beschlossen werden müssen. Diese Vorgabe setzen wir für das laufende Jahr mit einem Nachtragshaushalt um, den die Bundesregierung in dieser Woche ins Parlament einbrachte.

Dabei soll für 2023 erneut die Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen werden, wie es das Grundgesetz für den Fall einer außergewöhnlichen Notsituation ermöglicht. So sichern wir für das laufende Jahr nicht zuletzt die Hilfen für Verbraucher*innen und Unternehmen ab, die wir zur Bewältigung der Energiekrise nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergriffen haben. Dazu kommen die Hilfen für die Flutgebiete im Ahrtal.

Im nächsten Schritt werden wir auch den Haushalt für das nächste Jahr im Lichte der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts überarbeiten. **Für uns ist klar, dass wir eine finanziell und verfassungsrechtlich tragfähige Grundlage schaffen müssen, um unsere großen Herausforderungen zu bewältigen:**

- Wirtschaft und Industrie modernisieren und zukunftsfähig zu machen.
- Das Klima schützen.
- Den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen zu sichern.
- Den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bewahren und stärken.

Wir berieten den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Nachtragshaushalt 2023 im Bundestag diesen Freitag in 1. Lesung. Er musste in diesem Jahr abschließend beraten werden.

» HINTERGRUND

DAS URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 15. November 2023 hat den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt. Das hat nicht nur für den Haushalt 2021 Auswirkungen, sondern auch für den Haushalt 2023 und den des kommenden Jahres.

Unmittelbar davon betroffen ist der **Klima- und Transformationsfonds (KTF)**, dem mit dem Nachtragshaushalt 2021 60 Milliarden Euro zugeführt wurden. Dabei handelt es sich um nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen zur Bewältigung der Corona-Krise. Dies ist durch das Urteil nun nichtig. In weiterer, mittelbarer Konsequenz des Urteils ist davon auch der **Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF)** betroffen (aus dem beispielsweise die Strom- und Gaspreisbremse finanziert wird) sowie gegebenenfalls weitere Sonderfonds. Diese Fonds müssen nun angepasst werden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

Damit der diesjährige Bundeshaushalt verfassungskonform wird, ist ein **Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 erforderlich**. Er setzt die notwendigen Anpassungsbedarfe in den Wirtschaftsplänen des KTF, des WSF und des Aufbauhilfefonds 2021 (Flutschäden) um. Im Wirtschaftsplan des KTF verringern sich die Einnahmen um 60 Milliarden Euro. Der WSF muss angepasst werden. Dafür werden 43,2 Milliarden Euro Krediteinnahmen veranschlagt. Verfassungsrechtlich und finanziell abgesichert wird so insbesondere die Finanzierung der Strom- und Gaspreisbremse in diesem Jahr. Dem Aufbauhilfefonds 2021 werden rund 1,6 Milliarden Euro zugeführt.

Der Nachtragshaushalt 2023 schafft die Grundlage für die zusätzlichen Kreditermächtigungen. Notwendig ist, dass der Bundestag zuvor eine außergewöhnliche Notsituation feststellt, damit die Schuldenbremse auch 2023 ausgesetzt wird. Diese Notlage besteht aufgrund der humanitären, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auch in diesem Jahr fort. Nach wie vor beeinträchtigen diese erheblich die staatliche Finanzlage.



WACHSTUMSCHANCENGESETZ

EIN MODERNES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies spiegelt sich jedoch im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht nicht ausreichend wider. Was lange überfällig und längst gesellschaftliche Realität ist, gehen wir nun an: Wir reformieren das Staatsangehörigkeitsrecht. Menschen, die schon lange hier leben, ihren Lebensmittelpunkt hier haben, die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung teilen, senden wir ein klares Zeichen: Ihr gehört zu uns, ihr seid Teil der Gesellschaft, ihr könnt künftig mitentscheiden und mitbestimmen.

In dieser Woche berieten wir in 1. Lesung den Entwurf der Bundesregierung. **Er sieht folgende grundlegenden Änderungen vor:**

- **Mehrstaatigkeit** ist künftig generell möglich.
- Die **Einbürgerung ist nach fünf** statt bisher acht **Jahren**, bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren möglich.
- **In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch**, wenn die **Eltern fünf Jahre rechtmäßig** in Deutschland sind und ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben (bislang acht Jahre).
- Auch für die **Gastarbeitergeneration** und die bis 1990 in die DDR eingereisten sogenannten Vertragsarbeiter*innen wird die Einbürgerung leichter. Sie müssen deutsche Sprachkenntnisse nur mündlich nachweisen, auf den Einbürgerungstest wird bei ihnen verzichtet.

Es bleibt grundsätzlich dabei, dass bei Einbürgerungsbewerber*innen der Lebensunterhalt für sich selbst und die

unterhaltspflichtigen Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen nach SGB II oder XII erbracht werden muss. Ausgeschlossen ist der Erwerb auch im Fall einer Mehrehe oder wenn Personen durch ihr Verhalten zeigen, dass sie die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachten.

Ebenso bleiben (weiterhin) Personen mit einer antisemitischen, rassistischen oder sonst menschenverachtenden Einstellung bei entsprechenden Handlungen oder Straftaten von einer Einbürgerung ausgeschlossen.





DEUTSCHLANDTICKET

GÜNSTIGERES DEUTSCHLANDTICKET FÜR STUDIERENDE KOMMT!

Der Beschluss von Bund und Ländern ist ein großer Erfolg. Alle Studierenden in Deutschland können möglichst schon ab dem kommenden Sommersemester das Deutschlandticket als vergünstigtes Semesterticket im Solidarmodell nutzen.

Derzeit würde das Semesterticket 29,40 Euro kosten, dies entspricht 60 Prozent des Regelpreises für das Ticket. Somit haben Bund und Länder den Weg frei gemacht für eine weitere Ausweitung der Zahl der regelmäßigen Abonnent*innen.

Das gewählte Modell führt zu keinen nennenswerten Mehrkosten für Bund und Länder. So halten wir Wort. Denn günstige Mobilität ist Teil der sozialdemokratischen Idee von Bildungsgerechtigkeit.

Mit Zustimmung des Bundes wurde im Koordinierungsrat beschlossen, dass die Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde und Landestariforganisationen ab dem Sommersemester 2024 mit Hochschulen, Studierendenwerken oder Studierendenvertretungen Vereinbarungen über ein Semesterticket mit der Gültigkeit des Deutschlandtickets treffen können. Die Abnahme eines Deutschlandtickets ist in diesem Falle für die Studierenden obligatorisch.

Der Preis für das Deutschlandticket im Vollsolidarmodell ist bundesweit einheitlich und beträgt 60 Prozent des jeweiligen Ausgabepreises des Deutschlandtickets.

BREITBAND AUSBAU – BUNDESFÖRDERUNG FÜR SÖHREWALD UND FULDABRÜCK

450.000 EURO BUNDESMITTEL FÜR SCHNELLES INTERNET

Die Gemeinden Söhrewald und Fuldabrück erhalten 450.000 Euro aus dem Förderprogramm zur Unterstützung des Gigabitbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland. Das Förderprogramm ist beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr angesiedelt und unterstützt die Kommunen auf dem Weg in die digitale Gesellschaft.

Vom digitalen Bürgerbüro über IT-Fernwartung hin zum Home-Office: Digitale Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen sowohl den Bürger*innen als auch Unternehmen wichtige Chancen. Mit Blick auf Wirtschaft und Industrie 4.0 ist **Hochgeschwindigkeits-Internet sowohl ein elementarer Standortfaktor als auch zentraler Innovationsmotor** – und daher schlichtweg ein Muss, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt.

Neben den zwei Gemeinden in Nordhessen, erhält auch der Landkreis Fulda – mein Betreuungswahlkreis – ebenfalls Fördergelder in Höhe von 63,7 Mio. Euro.

**HOCHGESCHWINDIGKEITS-INTERNET IST STANDORT-FAKTOR
UND INNOVATIONSMOTOR ZUGLEICH – UND DAHER EIN MUSS,
DAMIT DEUTSCHLAND WETTBEWERBSFÄHIG BLEIBT.**



KURZ
NOTIZEN

1 Völkerstrafrecht fortentwickeln

Mit der Schaffung des Völkerstrafgesetzbuchs vor über 20 Jahren wurde sichergestellt, dass die deutsche Justiz nach dem Weltrechtsprinzip im Krieg verübte Gräueltaten verfolgen kann – und zwar unabhängig vom Tatort und von der Staatsangehörigkeit der Täter*innen. Krieg findet nicht im rechtsfreien Raum statt.

Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, die Täter*innen von Völkerrechtsverbrechen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Aktualität des Völkerstrafrechts dramatisch deutlich gemacht. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in 1. Lesung berieten, entwickelt das Völkerstrafrecht nun weiter.

Die Rechte der Opfer sollen gestärkt werden. Völkerverbrechen (Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen Personen) sollen in den Katalog der Straftaten aufgenommen werden, die zur Nebenklage berechtigen.

Damit können sich die Opfer dieser Delikte als Nebenkläger*innen anschließen. Sie sollen dann auch berechtigt sein, auf Antrag eine*n Opferanwalt*in beigeordnet (unabhängig von den Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe) sowie eine psychosoziale Prozessbegleitung an die Seite gestellt zu bekommen.

Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch ist bislang insbesondere bei sexualisierter Gewalt lückenhaft. Diese **Lücken sollen nun im Hinblick auf sexuelle Übergriffe, sexuelle Sklaverei und erzwungenen Schwangerschaftsabbruch geschlossen werden.**

Auch die Verfolgung des zwangsweisen Verschwindenlassens von Personen wird entsprechend der völkerrechtlichen Vorgaben erleichtert. Etwa durch Streichung des bisher vorgeschriebenen Nachfrageerfordernisses. Das Völkerstrafgesetzbuch wird ebenfalls angepasst an das Verbot von dauerhaft blinde machenden Laserwaffen sowie Waffen, deren Splitter mit Röntgenstrahlen nicht erkennbar sind.

Damit Völkerstrafverfahren auch für die internationale Gemeinschaft besser zugänglich werden, soll künftig die Ton- und Bild-Aufnahme von Prozessen erleichtert werden. Bei Verfahren von herausragender zeitgeschichtlicher Bedeutung (insbesondere völkerstrafrechtliche Verfahren) können zukünftig Ton- und Filmaufnahmen zu wissenschaftlichen und historischen Zwecken gefertigt werden. Außerdem sollen Medienvertreter*innen Zugang zu bestehenden Verdolmetschungen bekommen und wegweisende Urteile sollen ins Englische übersetzt werden.

2 Arbeitsschutz in der Landwirtschaft

In dieser Woche berieten wir in 1. Lesung einen Entwurf der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens Nr. 184 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 21. Juni 2001 über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft.

Das Übereinkommen ist bereits am 20. September 2003 in Kraft getreten. Es ist das erste internationale Instrument, das **umfassende Mindeststandards in Bezug auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Arbeitnehmende in der Landwirtschaft festlegt.**

Diese beinhalten insbesondere Regeln zum Schutz von Zeit- und Saisonarbeitskräften sowie von jungen Beschäftigten, die gefährliche Arbeit verrichten. Es geht dazu auf die besonderen Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen im Mutterschutz ein.

Auch die Sicherheit von Maschinen, der Umgang mit Chemikalien und die Instandhaltung von Anlagen sind aufgeführt. Neben Regelungen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitszeit enthält das Übereinkommen eine Reihe weiterer Mindeststandards.

Da die im Übereinkommen beschriebenen Standards in Deutschland bereits gelten, müssen hierzulande keine gesetzlichen Vorschriften angepasst werden. Durch die Ratifikation trägt Deutschland zur Förderung der internationalen Arbeits- und Sozialstandards der ILO bei.

UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Apothekenbesuch

Die Lage für viele Apotheken ist schwierig. Welche Hürden und Herausforderungen gerade inhabergeführte Apotheken zu meistern haben, hat mir eindrücklich der Inhaber der Apotheke im City Point, Herr Wasch, geschildert. Lieferengpässe, fehlendes Fachpersonal und Online-Apotheken setzen die hiesigen Apotheken unter Druck. Viele Baustellen also.

Dabei ist klar: Der Beitrag der Apotheken bei der Bekämpfung der Pandemie und ihr tagtäglicher Einsatz für die Gesundheit der Menschen zeigt, wie wichtig wohnortnahe Apotheken für eine flächendeckende Arzneimittelversorgung in Deutschland sind. Die Pharmazeutische Versorgung vor Ort zu stärken, ist ein zentrales politisches Anliegen. Diese Themen nehme ich mit nach Berlin zu unseren Gesundheitspolitiker*innen – und auch nach Wiesbaden!

Die Ausbildung für Pharmazeutisch-Technische-Assistenten (PTA) kostet in Hessen Schulgeld. Bildung muss kostenlos sein. Vor allem für Berufe, die so wichtig sind und gebraucht werden.



Sprechstunde auf dem Wehlheider Wochenmarkt

Vergangen Freitagvormittag war ich auf dem Wehlheider Wochenmarkt in Kassel, um mich mit Bürger*innen auszutauschen. Und obwohl Wind und Wetter nicht gerade einladend waren, haben viele angehalten, um mir ihre Fragen zu stellen und sich auszutauschen.



#SchalfürsLeben

Am Rande der Koa-Verhandlungen in Wiesbaden hat Katrin Hechler Nancy Faeser und mir je einen selbstgestrickten Schal fürs Leben geschenkt. Die Aktion „Ein Schal fürs Leben“ von Save the Children und Brigitte unterstützt zum nunmehr zehnten Mal syrische Kinder und ihre Familien, die vor dem Krieg geflohen sind.



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Fotos: Andreas Amann



Energiewende durch Erneuerbare Energien sichern

Vergangenen Dienstag lud die SPD-Bundestagsfraktion zur großen Konferenz „Energiewende durch Erneuerbare Energien sichern“ ein, um mit Vertretenden aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft zu diskutieren.



Fotos: Paul Alexander Probst

Tag gegen Gewalt an Frauen

Gewalt gegen Frauen nimmt viele Formen an: Von ganz offensichtlichen wie sexualisierter Gewalt hin zu den subtileren, oftmals verborgenen Formen wie der Benachteiligungen von Frauen im familiären, sozialen oder beruflichen Umfeld. Die betroffenen Frauen brauchen unsere Unterstützung. Mehr noch: Wir als Gesamtgesellschaft müssen hier viel aufmerksamer werden und in Worten wie Taten klar zeigen: Nein zu Gewalt an Frauen!

Welt-Aids-Tag

Seit über als 30 Jahren findet immer am 1. Dezember der Welt-Aids-Tag statt. Er erinnert er an all jene, die an den Folgen von HIV und Aids gestorben sind. Dazu ruft der Tag zu einem Miteinander ohne Vorurteile und Ausgrenzung auf.

Und mehr noch: Er will die Rechte HIV-positiver Menschen stärken. Denn weltweit leben ca. 38 Millionen Menschen mit HIV. Noch lange nicht alle erhalten die Medikamente, die ihr Leben retten können. ... Und leider erleben Betroffene immer noch viel zu oft Diskriminierung und Stigmatisierung – oftmals eh benachteiligte oder verfolgte Gruppen.

Nur wenn wir diese Ungleichheiten gemeinsam beseitigen, haben wir die Chance, diese Krankheit weltweit zu besiegen. Alle Menschen verdienen Zugang zu Prävention, Beratung, Testangeboten und medizinischer Versorgung!

Informieren und helfen: www.aidshilfe-kassel.de



Fotos: Paul Alexander Probst

Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
☎ 0561 – 700 10 52



✉ buero@timon-gremmels.de
www.timon-gremmels.de
TimonGremmels



@gremmels
BlueSky @timon.gremmels.bsky.social